

Vontobel-Warnung dämpft die Erwartungen

SCHWEIZ Die gute Börsenlage ändert nichts daran, dass Vermögensverwalter weiterhin unter steigenden Kosten und dem schwierigeren Umfeld leiden.

THOMAS WYSS

Vontobel-CEO Zeno Staub sprach diese Woche an der Generalversammlung des eigenen Unternehmens von einem «erwartungsgemäss anspruchsvollen» Umfeld und warnte die Aktionäre von Vontobel: «Aufgrund des Verlaufs der ersten drei Monate gehen wir davon aus, dass wir im ersten Halbjahr nicht ganz an das starke Vorjahresmesser anknüpfen können.»

Solche Aussagen gaben und geben zu denken – sowohl bezüglich Vontobel wie auch in Bezug auf die gesamte Branche – und werfen Fragen auf: Wie haben sich die Vermögen unter Verwaltung, die Kerngrösse in der Branche, in den ersten drei Monaten entwickelt? Und wie sieht es für den weiteren Jahresverlauf aus?

Zurückhaltung trotz Rally

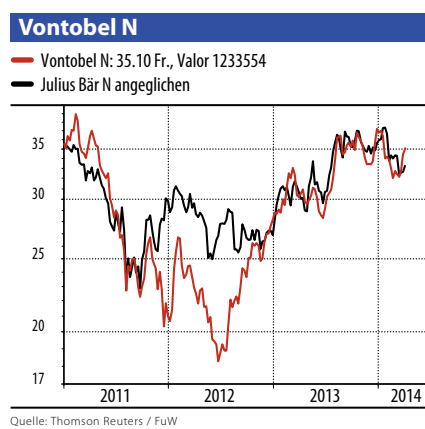
Wer sich in diesen Tagen bei den Banken umhört, stellt eine zurückhaltend-abwartende Haltung fest. Vor den Generalversammlungen und/oder der Veröffentlichung der Quartalszahlen wollen sich die Verantwortlichen nicht aus den Fenstern lehnen und Angaben zum Geschäftsverlauf machen – obwohl ein Blick auf die Performance und den Umsatz an den Börsen eigentlich optimistisch stimmen sollte.

Steigende Aktienkurse, vor allem begleitet durch hohe Volumen an den Börsen, sollten der Entwicklung der Assets unter Management, den Margen und Gewinnen der Privatbanken und Vermögensverwalter förderlich sein. Die jüngsten Zahlen der Swiss Exchange stimmen in dieser Hinsicht zuversichtlich. Der Handelsumsatz an der SIX stieg im ersten Quartal 17% auf 310 Mrd. Fr., was von der SIX explizit als «starker Jahresbeginn» bezeichnet wird. Im Bereich Aktien und Fonds stieg der Umsatz gar 22% auf 228 Mrd. Fr.

Die Zahlen zeigen, dass die geopolitischen Spannungen zwischen West und Ost im ersten Quartal zwischenzeitlich zwar auf die Kurse an den Aktienmärkten



Der Vermögensverwalter Vontobel warnt vor dem schwierigen Umfeld und liegt mit seiner Einschätzung wohl im Branchentrend.



drücken, dem Umsatz jedoch zweifellos förderlich waren. «Unsicherheit ist, mindestens während einer limitierten Zeit, gut fürs Geschäft, da mehr Volumen gehandelt und umgeschichtet wird», sagt Urs Rüeggsegger, CEO der SIX Group.

Das sollte nicht einzig für die SIX, sondern auch für die gesamte Bankenwelt gelten – sollte: Die Frage ist, wie viel von der Börsenrally von den Grossen gespielt wird und wie stark die breite Masse partizipiert. Letzteres treibt die Performance der Privatbanken. Der Cashanteil in den Portefeuilles der Kunden ist trotz der in den vergangenen Jahren verzeichneten

Kurssteigerungen noch immer sehr hoch. Er liegt nicht selten bei 30%.

Vorsicht ist so gesehen auch angebracht, was die Neugeldentwicklung, eine für Vermögensverwaltungsbanken sehr wichtige Kerngrösse, betrifft. «Wir werden Neugeldwachstum sehen. Aber es muss sich zeigen, ob es 1 bis 2% oder 6, 7 oder 8% sind. Das Letztere würde ich als unrealistisch anschauen», sagt Philipp Rickert, Head of Financial Services der Beratungsgesellschaft KPMG.

Es ist für Schweizer Banken zunehmend schwieriger, Neugelder zu akquirieren. Asien, Lateinamerika und der Mittlere

Osten, wo im Urteil vieler Mitspieler die grössten Chancen locken, sind keine einfachen Märkte.

More of the same

Die zurückhaltenden Worte von Zeno Staub kommen nicht von ungefähr. KPMG-Mann Philipp Rickert kann Zeno Staub zustimmen: «Über alles gesehen ist ein vorsichtig-gedämpfter Optimismus angebracht. Aber das Rad lässt sich nicht zurückdrehen.»

Für ihn und viele Marktteilnehmer ist seit zwei, drei Jahren klar, dass die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen und die Margen weiter fallen werden. Es ist in der Branche ein offenes Geheimnis, dass das traditionelle Offshoregeschäft sehr gute Margen hatte, was im Onshoregeschäft nicht der Fall ist. Entscheidend ist die Nettomarge, und diese fällt.

Was ist zu tun? Was die steigenden Kosten und das widrige Umfeld betreffen, so könnte gemäss Einschätzung von Philipp Rickert über die Kompensation Gegensteuer gegeben werden. Ein Kostenfaktor wird in den nächsten Jahren der automatische Informationsaustausch (AIA) sein. Die Bankiervereinigung schätzt die Kosten für die Einführung auf 500 bis 800 Mio. Fr., was von Rickert als realistisch bezeichnet wird. Nur: «Die Frage ist nicht, was er kosten wird, sondern was es kosten würde, sollte man ihn nicht einführen.» KPMG geht davon aus, dass der AIA 2017 kommen wird.

Fazit: In Quartalszahlen und an Generalversammlungen werden wohl auch in den nächsten Tagen und Wochen zurückhaltende Worte zu hören sein wie bei Vontobel. Als Nächstes steht am Mittwoch die GV von Julius Bär an, an der auch zur Übernahme des internationalen Geschäfts von Merrill Lynch informiert wird.

Alle Finanzdaten zu den Unternehmen im Online-Aktienführer: fuw.ch/VONN; fuw.ch/BAER



Malaise bei hiesigen Konzernen mit US-Wurzeln

SCHWEIZ Weatherford ist nicht die erste einst amerikanische Firma, die wegzieht, und möglicherweise auch nicht die letzte.

MARTIN GOLLMER

Mit den im Öl- und Gasgeschäft aktiven und in der Schweiz ansässigen Unternehmen ist es wie mit den zehn kleinen Negerlein: Sie werden immer weniger. Im vergangenen Jahr verliess der Offshore-Bohrkonzern Noble Corp das Alpenland Richtung Grossbritannien. Jetzt hat auch der Öl- und Gasfelddienstleister Weatherford International die Verlegung seines Gesellschaftssitzes von der Schweiz nach Irland angekündigt. Hier bleibt damit einzig noch der Tiefseebohrkonzern Transocean. Alle drei Unternehmen haben amerikanische Wurzeln und kamen in der zweiten Hälfte der Nullerjahre in die Schweiz, um vor allem vom steuergünstigen Klima zu profitieren.

Doch nun bietet Irland offenbar die noch besseren Rahmenbedingungen für einen global tätigen Konzern. «Unsere Gesellschaftsgründung unter irischem Recht wird uns erlauben, zu den tiefstmöglichen Kosten zu arbeiten, und die Fähigkeit des Unternehmens verbessern, die besten

Frauen und Männer in der Branche zu halten und weiter anzuziehen», liess sich Chairman und CEO Bernard Duroc-Danner in einer Medienmitteilung zitieren.

In einem Brief an die Aktionäre moniert das Unternehmen, dass neue Gesetze die administrativen Kosten erhöhen und die Arbeitsläufe komplexer machen würden. Wegen der Abzocker- und Zuwanderungsinitiative werde es schwieriger, gute Leute für das Top-Management zu rekrutieren. Weatherford brauche ein stabiles und wirtschaftsfreundliches Umfeld; die Schweiz hingegen sei aufgrund der zahlreichen Initiativen und Referenden unberechenbarer geworden.

Steuersitz bleibt in Zug

Erst am Freitag wurde bekannt, dass der Konzern seinen Steuersitz im Kanton Zug belassen will. Das zeige, dass finanzielle Aspekte für den Umzug nicht ausschlaggebend seien, sagte Karen David-Green, Vizepräsidentin Investor Relations, gegenüber Radio SRE. Dagegen gibt Weatherford

im Zusammenhang mit der Dislokation die Kotierung an der SIX Swiss Exchange in Zürich und an der NYSE Euronext in Paris auf. Die Aktien sollen aber weiter an der New Yorker Börse gehandelt werden.

Schon im vergangenen November ist Noble Corp nach London umgezogen. Zur Begründung wies der Offshore-Bohrkonzern dabei insbesondere auf das britische, «gut etablierte Steuerregime» hin. Das Unternehmen war indessen während seines Abstechers in die Schweiz nicht an der SIX Swiss Exchange kotiert.

Wie Weatherford in der Schweiz ansässig und kotiert ist Transocean. Der Beschluss des Branchengenossen habe «keinen Einfluss auf unsere Geschäftsentscheidungen», sagt ein Transocean-Sprecher zur Frage der FuW, ob auch der global führende Tiefseebohrkonzern Umzugspläne wälzt. Ähnliches gilt für Tyco International, einen weltweit in den Bereichen Elektronik, Brandschutz, Sicherheitstechnik und Medizintechnik tätigen Konzern mit Sitz in Neuhausen. «Wir haben keinen Entscheid gefällt, weg-

zuziehen», erklärt ein Sprecher. Sitzfragen würden aber im Rahmen von Risikoanalysen ständig geprüft. Tyco ist nicht in der Schweiz kotiert.

Ebenfalls am Fuss des Munot domiziliert und nicht hier kotiert ist Pentair, die weltweit Services und Lösungen für Wasser und andere Flüssigkeiten, Wärmemanagement und Geräteschutz anbietet. Das Unternehmen mit Wurzeln im US-Bundesstaat Minnesota hat im Dezember mitgeteilt, auf die britischen Inseln umzuziehen. Es lobte damals das «gut entwickelte rechtliche und regulatorische System», die «etablierten Standards in guter Unternehmensführung» sowie das «stabile und international wettbewerbsfähige Steuersystem» jenseits des Kanals.

Gefühl der Unsicherheit

Martin Naville, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, hält noch andere Unternehmen mit US-Wurzeln für wegzugsgefährdet. Namen will er nicht nennen. Besonders exponiert seien Konzerne, die zwar hier ihren Sitz hätten, aber nicht in der Schweiz kotiert seien. Sie fragten sich, weshalb überhaupt sie die Abzocker-Initiative umsetzen müssten, und die Topmanager hätten Angst vor der Komplexität der Materie, vor Konflikten zwischen zwei Rechtssystemen und vor der Möglichkeit, straffällig zu werden.

Die Unternehmen fragten sich auch, ob sie nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative noch Personal in die Schweiz bringen könnten und wie es mit den Steuerprivilegien weitergehe. «Die Aussichten für ausländische Unternehmen in der Schweiz haben sich verschlechtert», stellt Naville fest. Es herrsche eine «Malaise» und «Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen».

KB-Verband ist in Sorge

SCHWEIZ Die Kantonalbanken fordern differenziertere Regeln.

Der Präsident des Verbands Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB), Urs Müller, ist besorgt: «Die Regulierungsflut beeinträchtigt zunehmend vor allem jene Banken, die auf den Inlandmarkt ausgerichtet sind.» Diese hätten jedoch mit der weltweiten Finanzkrise wenig bis nichts zu tun gehabt.

Die Folgen sind höhere Kosten. In einer internen Untersuchung des VSKB schätzen die Kantonalbanken den jährlich wiederkehrenden, zusätzlichen Aufwand auf einige 100 000 bis mehrere Millionen Franken. Die Umfrage zeigt auch, welches die teuersten Regulierungsprojekte in den letzten Jahren waren (siehe Tabelle). Noch nicht berücksichtigt sind weitere Vorhaben wie das Finanzdienstleistungsgesetz oder das Finanzinfrastrukturgesetz.

Der Verband Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB) fordert daher, in der Regulierung mehr zwischen Inlandbanken und international ausgerichteten Banken zu differenzieren. Um die eigenen Anliegen besser zu vertreten, stärkt der Verband die politische Arbeit in Bern. So engagiert er sich zum Beispiel in der neu gegründeten «Parlamentarischen Gruppe Inlandbanken». **RG**

Teuerste Regulierungsprojekte¹

1. Umsetzung Abgeltungssteuerabkommen
2. Eigenmittelanforderungen / Revision ERV / Basel III
3. Liquiditätsanforderungen / Basel III
4. US-Steuerrecht Fatca
5. Revision Kollektivanlagegesetz
6. Revision Geldwäschereigesetz
7. Neupositionierung Auslandsgeschäft / Finma-Positionspapier «Rechtsrisiken»
8. Eigenmittelanforderungen / RS 2011/2: «Eigenmittelpuffer und Kapitalplanung» seit 2008

Quelle: VSKB, interne Umfrage bei Kantonalbanken

Wegzug wirft für SIX Fragen auf

Der Wegzug von Weatherford aus der Schweiz wirft Fragen auf – auch für die Börse SIX. Um zu den «tiefstmöglichen Kosten» zu arbeiten und «die besten Mitarbeiter anzuziehen», will das Erdölserviceunternehmen Weatherford den Sitz von der Schweiz nach Irland verschieben. Gleichzeitig will es an der Schweizer Börse SIX und der europäischen Euronext eine Dekotierung vornehmen und künftig einzig in New York kotiert sein. **Die Begeisterung über diesen Schritt hält sich an der SIX in Grenzen.** «Wir bedauern den Entscheid, aber respektieren ihn natür-

lich», lässt sich SIX-Sprecher Alain Bichsel zitieren. Kommentieren mag die SIX den Entscheid nicht, das sei «Sache des Unternehmens». Immerhin sind die Verantwortlichen überzeugt, dass das keinen neuen Trend darstellt. «Es bestehen keine Anzeichen für weitere Dekotierungen», hält Bichsel fest. Weatherford ist einzig im SPI, dem grössten Index der SIX, enthalten. Für Weatherford-CEO Bernard Duroc-Danner ist die Verlagerung «ein weiterer Schritt auf dem eingeschlagenen Veränderungspfad des Unternehmens». **TW**

